„Es fehlen Spielregeln und Schiedsrichter“

Bild: Stanislav Jenis

ENERGIEWENDE Professor Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) beklagt die „einseitige Stigmatisierung des Ökostroms als alleiniger Preistreiber“

ZfK-SERIE

ZUR SACHE, FRAU KEMFERT

Ihr neues Buch heißt „Kampf um Strom“. Wer kämpft da mit wem?
Es sind verschiedene Akteure mit ganz unterschiedlichen Interessen. Von großer Bedeutung sind die Wirtschaftsunternehmen, die den Statusquo bewahren wollen. Die Lobbyisten der Vergangenheit stehen Lobbyisten der Zukunft auf dem Spielfeld der Energiewende gegenüber. Die erstgenannte Gruppe gewinnt derzeit die Oberhand. Sie lanciert bewusst Falsch- und Fehlinformationen, um zu verunsichern und die öffentliche Akzeptanz für das wichtige Energiewendeprojekt zu vermindern.

Das ist noch etwas vage. Wer konkret steckt dahinter?
Die Gruppe ist sehr heterogen. Es sind einerseits Wirtschaftsinteressen, die hier eine Rolle spielen. Unter anderem sind es die Betreiber von Kohlekraftwerken, die natürlich ein Interesse daran haben, dass möglichst viele Kohlekraftwerke weiterhin gebaut und betrieben werden und deshalb ein reduziertes Interesse an einer Veränderung besitzen. Zu nennen sind aber auch energieintensive Unternehmen, die Sorge haben, dass die Energiekosten zu stark ansteigen und deshalb versuchen, die Energiewende aufzuhalten. Dann gibt es noch die Ideologen, die sich als Hüter der wirtschaftlichen Vernunft sehen und sofort, wenn nur das Wort „grün“ fällt, uralte Positionen hervorholen.

Woran liegt die Verschiebung der Gewichte?
Es liegt eindeutig daran, dass wir kein gutes und kein klares Management der Energiewende haben. Ich beschreibe die Situation gerne mit der auf einem Fußballfeld. Dort stehen Akteure auf dem Platz mit ebenfalls ganz unterschiedlichen Interessen. Aber in der derzeitigen Energiepolitik gibt es keine Spielregeln und es gibt auch keinen Schiedsrichter. Ein großes Manko ist, dass niemand auf Regeln zurückgreifen kann, um denjenigen vom Platz zu stellen, der sich danebenbenimmt. Die fehlende verantwortliche Instanz für die Energiewende führt dazu, dass die verschiedensten Lobbygruppen heute munter aufeinander losgehen.

Welche Rolle spielen dabei die vier großen Energiekonzerne?
Auch bei den großen Vier ist keine einheitliche Stimme auszumachen. Einige wollen eher den Statusquo bewahren, andere sind durchaus der Zukunft zugewandt.

Sie führen mangelnden Wettbewerb als wichtigen Grund für die hohen Energiepreise an. Aktuell sind die Wechselquoten aber angestiegen. Wo müssten diese heute sein?
Die Wechselbereitschaft ist nach wie vor nicht besonders hoch. Sie steigt zwar, aber es sind in Deutschland nur rund 17 Prozent der Haushaltskunden, die überhaupt den Anbieter wechseln. Das ist zwar mehr als in der Vergangenheit, aber es wäre sehr viel schöner, wenn die Zahl größer wäre. Die Verbraucher haben es selbst in der Hand, den Markt entsprechend mitzugestalten. Je größer der Druck auf die Konzerne ist, desto weniger Möglichkeiten bestehen, sich wettbewerbsfeindlich zu verhalten.

Sie stört jedoch vor allem die Debatte um den Ökostrom. Wo setzt Ihre Kritik an?
Mir geht es darum, Transparenz und Sachlichkeit in die Diskussion zurückzubringen und wegzukommen von der einseitigen Stigmatisierung des Ökostroms als Südenbock und alleiniger Preistreiber. Zum einen gibt es auch preissenkende Faktoren, wie der sinkende Börsenpreis, der nicht an die Verbraucher weitergegeben wird. Zum anderen gab es schließlich zuvor schon Energieformen, wie die Kernenergie, die Kosten produziert, die die Gesellschaft tragen muss. Hätte man diese auf den Strompreis übergewälzt, dann hätte dies schon viel früher zu höheren Strompreisen geführt. Von einer lösungsorientierten Argumentation ist man weit entfernt.

Sie dürften dann auch wenig vom Vorstoß des Umweltministers Peter Altmaier hinsichtlich der Strompreisbremse begeistert sein.
Nein. Man muss den Menschen erklären, wie sich der Strompreis zusammensetzt, welche Faktoren steigen und sinken und warum sich die Preise verändern. Man redet den Bürgern ein, der Strompreis steigt nur wegen der erneuerbaren Energien. Herrn Altmaier geht es offensichtlich darum, Schlagzeilen zu produzieren und den Wählern zu suggerieren, die Politik tut etwas gegen die steigenden Strompreise. Schließlich befinden wir uns in einem Wahljahr. Man hätte jedoch genügend Möglichkeiten, den Strompreis zu senken, wenn man es denn wirklich wollte: beispielsweise über niedrigere Steuern. Selbst wenn Herrn Altmaiers Vorschlag komplett umgesetzt werden sollte, würde der Strompreis kaum sinken, da nicht die eigentlichen Ursachen der Preissteigerungen angegangen werden.

Ein wichtiger Grund für die Höhe der EEG-Umlage ist die Art ihrer Berechnung. Je niedriger der Börsenpreis, desto höher die Umlage.
Der Börsenpreis sinkt ja wegen des Zubaus erneuerbarer Energien. Hinzu kommen im Moment internationale Einflussfaktoren, die keiner so vorhergesehen hat, wie niedrige CO_2- und Kohlepreise. Die Frage ist, was machen wir jetzt mit der Preissenkungswirkung der Erneuerbaren. Man könnte diese Merit-Order-Effekte herausrechnen, müsste sie dann aber an anderer Stelle wieder hinzuzählen.

Welche Alternativen sehen Sie für ein gerechteres oder besseres Berechnungsverfahren der EEG-Umlage?
Der Dreh- und Angelpunkt ist der Börsenpreis. Dieser muss wieder normales Niveau erreichen, um einerseits die Umlage zu senken und andererseits auch wieder ausreichend Anreiz für Gaskraftwerke zu geben. Daher muss der CO_2-Preis so schnell wie möglich steigen: Mit steigendem Zertifikatepreis würde der Börsenpreis steigen und die Umlage sinken. Der Emissionsrechtehandel funktioniert derzeit nicht und muss dringend wieder belebt werden. Leider wehrt sich das Wirtschaftsministerium auf EU-Ebene dagegen, diesen in rechte Bahnen zu lenken. Das muss sich schnell ändern.

Weshalb traut sich niemand ran, das Berechnungsverfahren zu ändern?
Derzeit ist es meiner Meinung nach auch nicht notwendig, wenn wir einen gut funktionierenden Börsenmarkt hätten und CO_2 einen entsprechend hohen Preis bekommen würde. Wenn der EU-Emissionsrechtehandel nicht belebt wird, sollte man so schnell wie möglich eine CO_2-Abgabe einführen.

»Die fehlende verantwortliche Instanz für die Energiewende führt dazu, dass verschiedenste Lobbygruppen heute munter aufeinander losgehen.«

In der Diskussion ist auch die EEG-Umlagebefreiung energieintensiver Unternehmen. Kennen Sie Beispiele, dass Unternehmen ihren Verbrauch künstlich erhöht haben, um in den Genuss der Befreiung zu kommen?
Natürlich gibt es genügend Unternehmen, die ihren Stromverbrauch künstlich in die Höhe treiben, um in den Genuss der Ausnahme zu kommen. Das Problem ist eben, dass diese Ausnahmegewährung an den Energieverbrauch gekoppelt ist. Besonders negativ sind solche Unternehmen betroffen, die massiv Energie einsparen und dann unter die Grenze zur Befreiung rutschen, dabei müsste es genau umgekehrt sein. Je effizienter ein Unternehmen wirtschaftet, je sparsamer es mit Energie umgeht, desto stärker sollte es in den Genuss dieser Ausnahme kommen.

Das EEG wird ständig nachjustiert. Liegt der Fehler denn nicht im System selbst?
Nein, das EEG ist besonders gut geeignet, eben weil man es nachjustieren kann. Derartige Anpassungen wären bei anderen Systemen kaum möglich. In der Zukunft brauchen wir ein Marktdesign unter Einbeziehung herkömmlicher und regenerativer Energieerzeugung. Das hat Zeit.

Sie sagen, der Umbau des Strommarkts sei noch lange nicht zu Ende. Man sollte nicht auf halber Strecke stehen bleiben und jetzt die EEG-Umlage kappen. Wohin sollen die Gelder denn fließen?
Man kann dies mit einem Kind vergleichen, das man großzieht und ihm im Teenageralter vorrechnet: Du hast zu viel gekostet und wir wollen nichts mehr für dich bezahlen. Übertragen auf die Energiewirtschaft bedeutet dies: Wir brauchen einen Markt mit erneuerbaren Energien, der ohne zusätzliche Finanzierung, aber in der Übergangszeit auch mit fossilen Energien funktioniert. Beides muss man klug miteinander verbinden.

Einige Vorschläge zum Marktdesign liegen ja bereits auf dem Tisch, etwa vom Verband kommunaler Unternehmen (VKU). Dieser favorisiert eine Auktionierung der EE-Anlagen. Gefördert wird die Errichtung und nicht die Stromerzeugung. Der richtige Weg?
Es gibt hier verschiedene Vorschläge und es werden weitere folgen. Auch das Wirtschaftsministerium hat für das Frühjahr ein Gutachten angekündigt. Man muss sich die Vorschläge jetzt vor allem unter den Aspekten Umsetzbarkeit und Sinnhaftigkeit genau anschauen. Diese Zeit sollte man sich nehmen. Wichtig ist auch zu erkennen, dass wir nicht auf einer Insel sind. In anderen Ländern hat man bereits Erfahrung mit solchen für uns neuen Marktelementen gesammelt.

In Ihrem Buch ist zu lesen, dass der Strompreis auch vor der Energiewende seit 15 Jahren um durchschnittlich vier Prozent pro Jahr gestiegen ist. Kennen die Strompreise, egal was wir tun, nur eine Richtung?
Sicher ist, dass die Preise für fossile Energien langfristig immer weiter steigen. Dies ist ja auch der größte Kostenblock, mit dem wir in der Vergangenheit konfrontiert waren. Die Expertenkommission der Bundesregierung hat ermittelt, dass die Kostenbelastung durch Strom gemessen an der Wirtschaftsleistung heute genauso hoch ist wie vor 20 Jahren.

Sie hatten eingangs den fehlenden Schiedsrichter angemahnt. Könnte diese Position ein Energieminister am besten ausfüllen?
Im Moment verheddern sich die einzelnen Ministerien zu sehr mit ihren spezifischen Interessen, und am Ende des Tages findet sich gar keine einheitliche Linie wieder. Deshalb benötigen wir auf jeden Fall eine verantwortliche Institution mit einer ausreichenden Schlagkraft, Kompetenz und Weisungsbefugnis, wo auch immer diese angesiedelt ist. Ich persönlich befürworte ein eigenes Ministerium für diese Aufgabe.

Die Fragen stellte Michael Nallinger